

LÄNDERFOKUS NAHOST

8. September 2020

Nahost: Ohne politische Stabilität gegen Corona und Ölpreisverfall

AUTOR

Patrick Heinisch
Telefon: 0 69/91 32-74 27
research@helaba.de

REDAKTION

Dr. Stefan Mitropoulos

HERAUSGEBER

Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirt/
Leitung Research

Helaba

Landesbank
Hessen-Thüringen
MAIN TOWER

Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Telefon: 0 69/91 32-20 24
Telefax: 0 69/91 32-22 44

Die Länder des Nahen Ostens sind traditionell Austragungsort zahlreicher geopolitischer Konflikte. Insbesondere die Spannungen zwischen Iran und Saudi-Arabien haben der Region fast einen weiteren Krieg beschert, neben den bereits existierenden militärischen Auseinandersetzungen in Syrien und Jemen. Die mit dem Arabischen Frühling verbundenen Hoffnungen auf eine Demokratisierung haben sich nicht erfüllt.

Auch wirtschaftlich läuft es nicht rund. Gleich drei Probleme auf einmal behindern die wirtschaftliche Entwicklung: politische Unruhen, Ölpreisverfall und die Corona-Pandemie. Der Wachstumseinbruch fällt im Durchschnitt zwar stärker aus als in Afrika und Südostasien, aber weniger stark als in Osteuropa und Lateinamerika. Nach einer allgemeinen Einleitung zur Entwicklung im Nahen Osten geben wir einen Überblick über die Länder¹ der Region.

Pandemie zementiert Zweiteilung der Region	2
VAE: Attraktiv dank „Modell Dubai“	6
Saudi-Arabien: Mit „Vision 2030“ weg vom Öl	7
Israel: Lange Boom-Phase findet jähes Ende	8
Iran: Hoffnung auf Wechsel im Weißen Haus	9
Katar: Robustes Wachstum erst im WM-Jahr	10
Kuwait: Exodus ausländischer Arbeitskräfte	11
Irak: Kann neue Regierung ihr Volk überzeugen?	12
Oman: Neuer Sultan braucht dringend Geld	13
Jordanien: Wie lange hält die Bevölkerung still?	14
Libanon: Auf dem Weg zum gescheiterten Staat?	15
Bahrain: Auf Alimente der Nachbarn angewiesen	16

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.

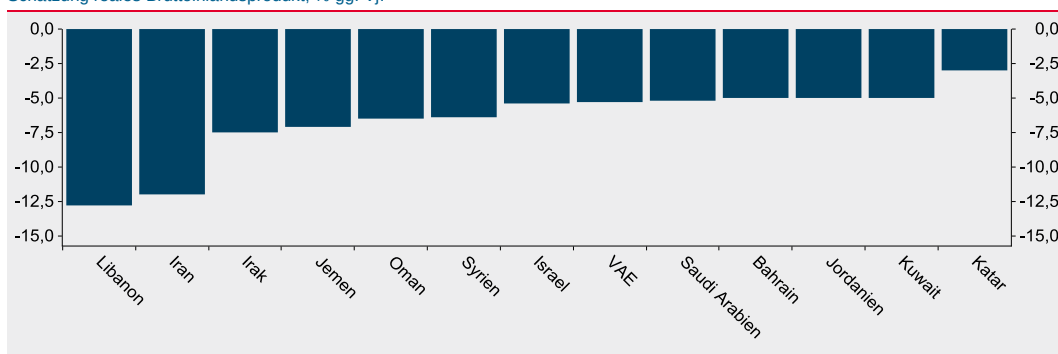
¹ Betrachtet werden alle Länder außer Syrien, Palästina und Jemen wegen schwieriger Datenlage und nur minimalen Handelsbeziehungen mit Deutschland.

Pandemie zementiert Zweiteilung der Region

Die Länder in Nahost² leiden 2020 in besonderer Weise. Neben der Corona-Pandemie kämpfen die in der Region prominent vertretenen großen Ölförderländer mit dem Ölpreisverfall. Dazu kommen politische Krisen, Bürgerkriege und geopolitische Konflikte, die ebenfalls zahlreiche Länder betreffen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzte im Juni, dass die Wirtschaft der Region, die in der Abgrenzung des IWF auch die Länder Zentralasiens und Nordafrikas einschließt, 2020 um 4,7 % schrumpfen wird. Unter den Schwellenländerregionen ist der Wirtschaftseinbruch damit nicht ganz so groß wie in Osteuropa einschließlich Russland (-5,8 %) und Lateinamerika (-9,4 %), aber größer als in Subsahara-Afrika (-3,2 %) und Südostasien (-0,8 %). Mit über 12 % erlebt der Libanon unter den Nahost-Ländern den größten Absturz. Proteste, Währungsverfall und nicht zuletzt die Staatspleite wurden durch die Corona-Krise verschärft. Zu allem Überfluss kam es am 4. August in der Hauptstadt Beirut zur Explosion eines Depots mit Ammoniumnitrat, welche das Stadtzentrum verwüstete, 180 Menschen tötete und 300.000 zu Obdachlosen machte. Das zweite Land mit vermutlich zweistelligen Wachstumseinbußen ist der Iran. Die Islamische Republik ist in der Region am stärksten von Corona betroffen. Bereits seit 2018, als US-Präsident Donald Trump die Sanktionen gegen das Land wieder einführte, befindet sich das Land in einer Rezession. Das Wirtschaftswachstum der anderen Länder der Region bewegt sich in diesem Jahr voraussichtlich zwischen -5 % und -7,5 %. Die Golfstaaten schrumpfen etwas weniger stark. Katar schneidet noch am besten ab, wobei man bei einem Wachstum von -3 % wirklich nicht vom regionalen „Wachstumschampion“ sprechen kann.

Wirtschaftswachstum der Nahost-Staaten 2020

Schätzung reales Bruttoinlandsprodukt, % gg. Vj.



Quellen: EIU, Helaba Volkswirtschaft/Research

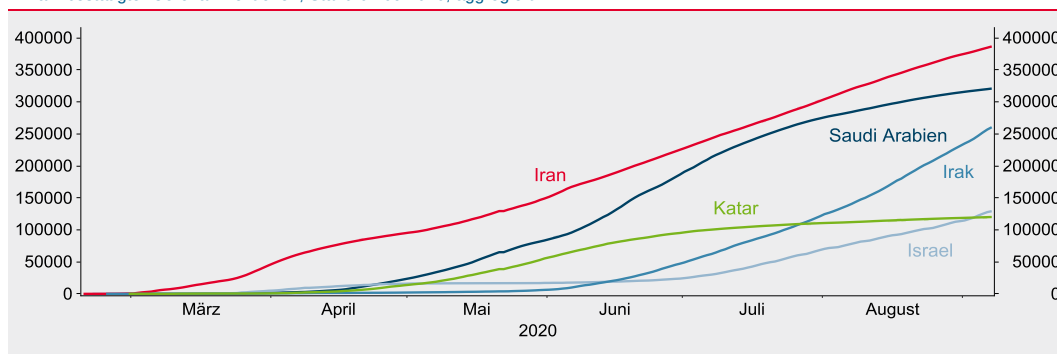
2021 Rezession nur noch in Syrien, Jemen und Libanon

Für 2021 rechnen wir bei den allermeisten Ländern aber mit einer Rückkehr zu positiven Wachstumsraten. Lediglich die Bürgerkriegsländer Syrien und Jemen sowie der Krisenstaat Libanon werden ihre Rezession wohl fortsetzen. Verglichen mit den doch heftigen Rückgängen 2020 wird die Erholung aber verhalten ausfallen. Wachstumsanstiege von über 3 % erwarten wir in keinem Land. Dies setzt voraus, dass die Corona-Pandemie auf die ein oder andere Art unter Kontrolle gebracht wird, ohne dass die wirtschaftliche Aktivität weiterhin stark darunter leidet. Die Lockerung der Corona-Maßnahmen in Israel und Iran kam verfrüht und hat zu einer zweiten Infektionswelle geführt. Ein wirkliches Abflachen der Kurve ist zurzeit nur in Katar und im Oman zu beobachten. In vielen Ländern steigen die Fallzahlen nach wie vor stark. In den Krisenstaaten Syrien, Jemen und Libanon ist die Infektionslage wegen der schwierigen Erfassung von Patienten ohnehin unklar. Wahrscheinlich kann letztlich nur die Einführung eines Impfstoffes die Gefahr für Wirtschaft und Gesundheit beseitigen. Selbst wenn vermutlich im Laufe des kommenden Jahres ein Impfstoff auf den Markt kommt, dürfte es eine Zeitlang dauern, bis auch tatsächlich alle geimpft sind. Außerdem werden die entwickelten Länder ihre Bevölkerung wohl zuerst impfen, sei es, weil sie die finanziellen Mittel dazu haben oder aber, weil ihre Unternehmen in der Forschung besonders aktiv sind und daher zuerst einen Impfstoff entwickeln können.

² Bahrain, Irak, Iran, Israel, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Palästina, Saudi-Arabien, Syrien, Vereinigte Arabische Emirate

Entwicklung der Corona-Fallzahlen in ausgewählten Staaten

Anzahl bestätigter Corona-Infektionen, Stand 07.09.2020, aggregiert



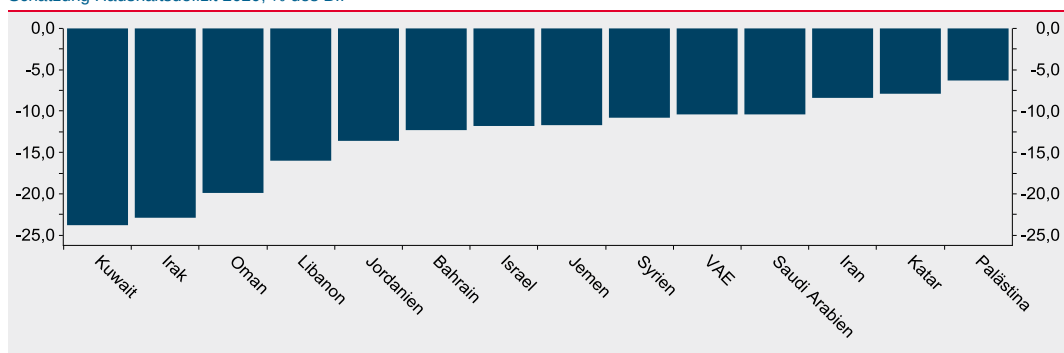
Quellen: Macrobond, Helaba Volkswirtschaft/Research

IWF nur in Jordanien
engagiert, weitere Länder
könnten folgen

Die Fiskalpakete zur Stützung der Wirtschaft und Stärkung des Gesundheitssektors beliefen sich in den meisten Ländern auf 2 % bis 4 % des BIP. Die fragilen Staaten haben eher wenig Spielraum für antizyklische Maßnahmen. Beispielsweise wurden im Libanon lediglich Mittel aus dem Haushalt 2020 neu allokiert, ein Fonds für Spenden gegründet sowie einige steuerliche Erleichterungen beschlossen³. Bisher durchläuft mit Jordanien nur ein Land im Nahen Osten ein Kreditprogramm des IWF. Die meisten anderen Länder haben entweder immer noch ausreichend Reserven in ihren Staatsfonds, werden von reicheren Nachbarländern unterstützt oder aber sind nicht berechtigt für eine IWF-Unterstützung (Syrien, Palästina). Am größten dürfte das Haushaltsdefizit dieses Jahr in den Ländern ausfallen, die neben den Corona-bedingten Einschränkungen unter dem niedrigen Ölpreis zu leiden haben. So dürfte das Defizit in Kuwait, Irak und Oman 20 % und mehr des BIP betragen. Glimpflicher davon kommen Iran und Palästina, die nur über wenige Finanzierungsquellen verfügen und deswegen ihr Budget nicht nach Belieben überschreiten können, doch auch in diesen beiden Ländern sind die Defizite beachtlich. Die Staatsverschuldung wird wohl in vier Ländern die 100 %-Marke erreichen bzw. deutlich übersteigen (Jemen, Jordanien, Bahrain, Libanon). Libanon befindet sich sogar im Zahlungsausfall, seit die Regierung Ende März entschied, die Bedienung ihrer internationalen Anleihen einzustellen. Die Regierung verhandelt derzeit mit ihren Gläubigern und wird wohl die Unterstützung des IWF benötigen. Nur in Saudi-Arabien, Iran und Kuwait werden die Verschuldungsniveaus voraussichtlich noch unterhalb der 50 %-Marke liegen, aber auch hier gab es in den letzten Jahren deutliche Anstiege.

Corona und Ölpreis reißen Löcher in die Staatskassen

Schätzung Haushaltsdefizit 2020, % des BIP



Quellen: EIU, Helaba Volkswirtschaft/Research

Ölpreisverfall zwingt
zur Diversifikation

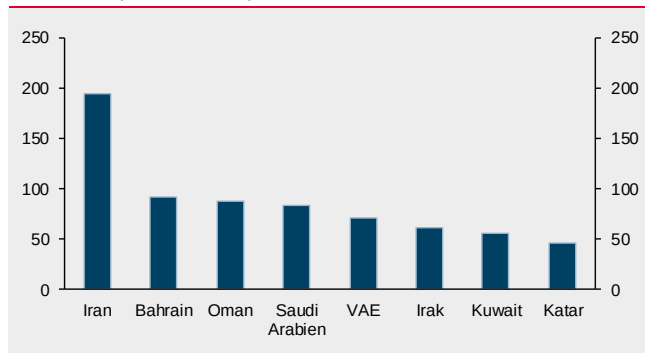
Neun der 14 Länder im Nahen Osten sind bedeutende Öl- und/oder Gasförderstaaten. Den größten Anteil am BIP hat der Ölsektor im Irak und in Kuwait mit jeweils über 35 %. Kleine Förderstaaten sind Bahrain und Jemen mit 2 %. Nahezu alle Länder versuchen, ihre Volkswirtschaften zu diversifizieren, um die Bedeutung des Ölsektors zu reduzieren. Dies ist den meisten Staaten sogar

³ Tagesaktuelle fiskalische und geldpolitische Maßnahmen siehe: <https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Policy-Responses-to-COVID-19#S>

gelingen, allerdings eher notgedrungen wegen des starken Preistrückgangs 2013, der zu einer Neuausrichtung der Wirtschaftsmodelle zwang. Sollten die Preise höhere Niveaus erreichen, wird wohl auch der Diversifizierungseifer wieder nachlassen. Damit ist auf absehbare Zeit aber nicht zu rechnen. Von den Preisniveaus, die nötig sind um ihre Staatshaushalte auszugleichen („Break Even Ölpreis“), sind die meisten Länder ohnehin meilenweit entfernt. Am nächsten an seinen Break Even Ölpreis kommt noch Katar heran mit etwa 45 US-Dollar pro Barrel. Iran hingegen würde fast 200 US-Dollar pro Barrel benötigen, um seinen Haushalt zu auszugleichen.

Ölpreis zu niedrig um Haushalte auszugleichen

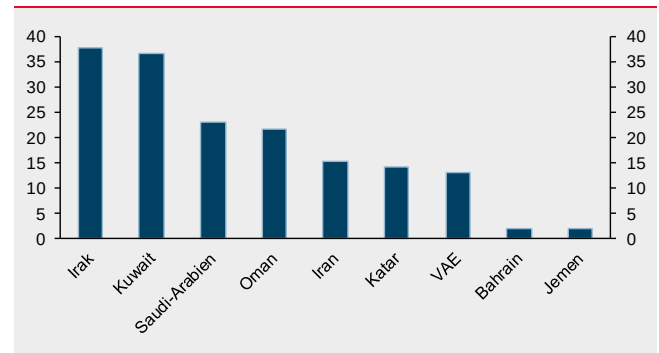
Break Even Ölpreis, US-Dollar pro Barrel



Quellen: IWF, Helaba Volkswirtschaft/Research

Preisverfall hat Bedeutung des Ölsektors reduziert

Anteil des Ölsektors am BIP, 2017 %



Quellen: Weltbank, Helaba Volkswirtschaft/Research

Keine Demokratisierung
nach Arabischem Frühling

Der Nahe Osten ist ein Pulverfass mit zahlreichen (geo-)politischen Konflikten. Die reichen Golfstaaten konnten noch Proteste im Zuge des Arabischen Frühlings ab 2011 vermeiden. In Syrien haben diese nahtlos in einen Bürgerkrieg geführt, in dem mittlerweile zahlreiche weitere Länder ihre Konflikte austragen. Russland und der Iran stehen an der Seite der Regierung, die Türkei stellt sich dagegen und ist bereits mit Truppen in Nordsyrien eingerückt. Israel will eine Dominanz des Iran in der Region mit aller Macht verhindern und bekämpft iranische Basen in Syrien. Im Jemen findet ein Stellvertreterkrieg zwischen Iran und Saudi-Arabien statt. Ersterer unterstützt die Huthi-Rebellen und letzterer die Regierung. Der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien hat die Region im vergangenen Jahr an den Rand eines Krieges gebracht, als Raketenangriffe aus Jemen einen Teil der saudischen Ölförderung lahmlegten. Hinter den Angriffen wird der Iran vermutet. Als im Januar 2020 der iranische General Soleimani durch einen US-Drohnenangriff im Irak getötet wurde, hielt die Welt erneut den Atem an.

Auch innenpolitisch kommen viele Länder nicht zur Ruhe. Im Libanon gibt es mittlerweile eine handfeste Regierungskrise und großangelegte Proteste treten regelmäßig in Irak, Libanon und Iran auf. Insgesamt wurden die mit dem Arabischen Frühling verbundenen Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Region nicht erfüllt. Der *EIU Democracy Index* stuft aktuell 12 der 14 Länder als autoritär ein. Libanon wird als Mischsystem zwischen autoritär und demokratisch betrachtet und Israel als „Demokratie mit Defiziten“.

Deutschland und der Nahe Osten

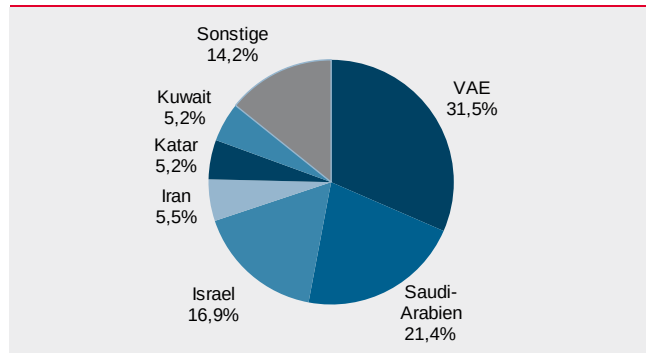
Deutscher Handelsbilanz-
überschuss gegenüber
Nahem Osten

Der deutsche Außenhandel mit dem Nahen Osten ist von geringer Bedeutung. 2019 exportierten deutsche Unternehmen Waren im Wert von 27,6 Mrd. Euro in die Region, das entspricht etwa dem Wert der Exporte nach Ungarn. Die deutschen Exporte in den Nahen Osten machen damit nur 2 % der Gesamtausfuhren aus. Ein Drittel aller Nahost-Exporte geht in die Vereinigten Arabischen Emirate, fast ein Viertel nach Saudi-Arabien und etwas weniger als ein Fünftel nach Israel. Die Importe aus der Region sind mit 5,9 Mrd. Euro noch geringer, woraus sich insgesamt ein Handelsbilanzüberschuss zugunsten Deutschlands ergibt. Das ist in der Summe noch etwas weniger als Deutschland aus Slowenien oder Portugal importiert und entspricht nur 0,5 % der deutschen Gesamteinfuhren aus der Region. Im regionalen Vergleich steht Israel an erster Stelle mit einem Importanteil von fast 40 %, gefolgt von Saudi-Arabien mit 20 %, den Vereinigten Arabischen Emiraten mit etwas unter 20 %, Irak mit 12 % und Katar mit 5 %. Die übrigen Länder fallen kaum ins

Gewicht. In den Nahen Osten exportiert werden hauptsächlich Maschinen, Kraftwagen und Kraftwagenteile sowie chemische Erzeugnisse. Wichtigste Importwaren aus der Region sind Erdöl und Erdgas, chemische Erzeugnisse und Metalle.

Wichtigste deutsche Exportmärkte in Nahost

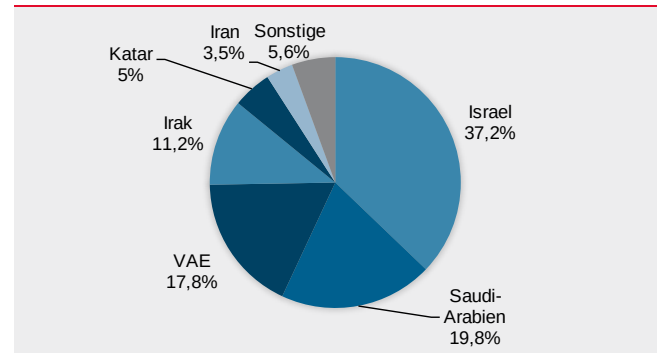
Anteil in %, 2019



Quellen: Statistisches Bundesamt, Helaba Volkswirtschaft/Research

Wichtigste deutsche Importmärkte in Nahost

Anteil in %, 2019



Quellen: Statistisches Bundesamt, Helaba Volkswirtschaft/Research

Deutschland unterstützt
Demokratiebewegungen

Anders als mit Afrika oder Lateinamerika gab es von politischer Seite bisher keine großangelegten Programme oder Initiativen zur Förderung der Beziehungen Deutschlands mit dem Nahen Osten als Ganzes. Die Kooperation erfolgt hauptsächlich auf bilateraler Ebene, sei es über humanitäre Hilfe für Jemen und Palästina, Nuklearvereinbarungen mit Iran oder Vermittlungsbemühungen im Nahost-Konflikt. Deutschland stimmt sich dabei eng mit der EU ab. Seit dem Arabischen Frühling 2011 unterstützt die Bundesrepublik im Rahmen einer sogenannten „Transformationspartnerschaft“ die Demokratisierungs- und Reformprozesse im Nahen Osten und in der arabischen Welt insgesamt. Möglicherweise werden auch die wirtschaftlichen Beziehungen davon profitieren.



VAE: Attraktiv dank „Modell Dubai“

Pragmatische
Außenpolitik

Am 13. August schlug die Nachricht ein wie eine Bombe: Die Vereinigten Arabischen Emirate normalisieren ihre Beziehungen zu Israel. Damit sind die VAE erst das dritte arabische Land (nach Ägypten und Jordanien), das diesen Schritt geht. Israel setzt im Gegenzug die Annexion des Westjordanlandes aus. Die emiratische Außenpolitik ist seit jeher von Pragmatismus geprägt. Zwar besteht ein Territorialkonflikt mit Iran um Inseln, aber Geschäfte mit dem Land werden geduldet und in Syrien hat man 2018 die Botschaft wiedereröffnet als klar wurde, dass Assad wohl im Amt bleiben würde. Der *Economist* bezeichnete die VAE unlängst als „das einflussreichste arabische Land“ und pries das „Modell Dubai“ als eine Mischung aus guter Regierungsführung, einer bemerkenswerten religiösen Toleranz und dynamischer Wirtschaft.

2020 wird die Wirtschaftsdynamik jedoch eine Pause einlegen und das Land mit -5,7 % erstmals seit der globalen Finanzkrise 2009 in die Rezession abgleiten. Die Offenheit der Wirtschaft (Exporte und Importe belaufen sich auf fast 140 % des BIP) ist in Pandemie-Zeiten ein großer Nachteil. Sowohl die Ausfuhren als auch die Einfuhren dürften um jeweils 20 % gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Einschränkungen der Reisetätigkeiten zur Viruseindämmung haben dem wichtigen Tourismussektor schwer geschadet. Auch der Ölpreiseinbruch seit März und die anschließend nur schwache Erholung haben die wirtschaftliche Aktivität gedämpft. Zwar sind die VAE eines der Länder des Golfkooperationsrates, deren Wirtschaft am diversifiziertesten ist, doch der Ölsektor macht immer noch etwa 13 % des BIP aus, im Emirat Abu Dhabi sogar fast die Hälfte des BIP.

Kapitalmarkt sieht
Anstieg der Verschuldung
gelassen

Um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie einzudämmen, hat die Zentralbank zweimal den Leitzins um insgesamt 125 Basispunkte reduziert und eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen für die Banken umgesetzt. Von fiskalischer Seite belaufen sich die Hilfspakete auf ca. 2 % des BIP. Das Haushaltsdefizit wird mit ca. 10 % des BIP im laufenden Jahr sehr hoch ausfallen und die Staatsverschuldung auf über 70 % des BIP hochschnellen lassen. Die Finanzmärkte sehen diesen Anstieg gelassen. Bei den jüngsten Anleiheemissionen im Juni und August gab es nur einen sehr geringen Risikoaufschlag. Die Mittel im Staatsfonds belaufen sich auf über 1 Billionen US-Dollar, was fast dem Dreifachen des nominalen BIP entspricht und im Notfall genutzt werden kann.

Zwar handelt es sich bei den VAE um ein autoritär geführtes Land (*EIU Democracy Index* Rang 145 von insgesamt 167 Ländern), doch die politische Stabilität wird auch durch die Pandemie nicht beeinträchtigt. Das lassen sich die Herrscher einiges kosten. Die Staatsausgaben werden 2020 wohl um 7 % zulegen, nachdem sie schon 2019 um 14 % gestiegen waren.

Ausgewählte Kennzahlen VAE

	2020*
Einwohner (Mio.)	9,5
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	646
BIP, real (% gg. Vj.)	-5,7
Inflationsrate (% gg. Vj.)	-1,6
Budgetsaldo (% des BIP)	-10,4
Leistungsbilanz (% des BIP)	-0,7
Staatsverschuldung (% des BIP)	72,5
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	254
Exporte von D (Mrd. EUR)	8,7
Importe nach D (Mrd. EUR)	1,05
Wichtige Exportgüter	Erdöl, Erdgas, Re-Exporte
Wichtige Importgüter	Maschinen, Transportausrüstung, Chemikalien

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Saudi-Arabien: Mit „Vision 2030“ weg vom Öl

Seit König Salman ibn Abd al-Aziz im Juni 2017 seinen Sohn Mohammad bin Salman zum Kronprinzen ernannt hat, bestimmt dieser weitestgehend die Geschicke des Landes. Eine medienwirksam inszenierte Liberalisierung verspricht der saudischen Jugend mehr Freiheiten als Kompensation für eine Veränderung des bisherigen Wirtschaftsmodells. Um das Land ökonomisch auf die Zukunft vorzubereiten und die Widerstandsfähigkeit gegenüber Ölpreisschocks zu erhöhen, plant das Königreich eine großangelegte Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur. Noch machen Öl und Gas nahezu ein Viertel des BIP, 70 % der Haushaltseinnahmen und 70 % der Exporte aus. Selbst die Aktivität im Nicht-Ölsektor hängt hauptsächlich von staatlichen Investitionen ab, die wiederum durch die Öleinnahmen finanziert sind. Schon ein Jahr vor seiner Ernennung zum Kronprinzen hat Mohammad bin Salman deshalb im April 2016 die „Vision 2030“ ins Leben gerufen, die zwei wesentliche Komponenten beinhaltet. Das eine ist eine starke Ausweitung der Auslandsinvestitionen des Staatsfonds, um externe Kapitalzuflüsse zu erhöhen und Zugang zu neuen Technologien zu erhalten. Der zweite Pfeiler sind Investitionen im Nicht-Ölsektor mit Schwerpunkten wie Industrie, Bergbau und Logistik sowie der Entwicklung des Tourismus.

Wirtschaft schrumpft so stark wie zuletzt vor über 30 Jahren

Kurzfristig kämpft auch Saudi-Arabien mit den Folgen von niedrigem Ölpreis und Corona-Pandemie. Die Wirtschaft wird mit ca. 5 % so stark schrumpfen wie seit über 30 Jahren nicht mehr. Die Regierung reagiert auf diesen Schock mit einer Kürzung von Investitionen. Der Rückgang der Investitionen 2020 wird mit 9 % voraussichtlich größer ausfallen als bei den Exporten, Importen und beim privaten Konsum. Die in diesem Jahr erlassenen Einschränkungen bei der muslimischen Pilgerfahrt Hadsch haben das Land vermutlich zwei Millionen Besucher gekostet und dem Tourismussektor schwer geschadet. Zwar dürfte im kommenden Jahr wieder ein positives Wirtschaftswachstum von rund 2 % erreicht werden, angesichts nur moderater erwarteter Anstiege bei Ölpreis und -fördermenge ist vorerst nicht mit einer dynamischeren Entwicklung zu rechnen.

Prozyklische Fiskalpolitik als Krisenverstärker

Die massiven Einnahmeausfälle sollen durch Kreditaufnahme ausgeglichen werden. Saudi-Arabien hat am Kapitalmarkt einen exzellenten Ruf und keine Probleme Anleihen zu platzieren. Das Haushaltsdefizit dürfte 2020 etwa 10 % des BIP betragen und die Staatsverschuldung von 30 % des BIP auf 44 % steigen. Erst vor wenigen Monaten wurde die Schuldenobergrenze auf 50 % des BIP angehoben. Gleichzeitig soll die Einnahmenbasis verbessert werden. Bereits 2018 wurde eine Mehrwertsteuer von 5 % eingeführt. In diesem Jahr hat man sie auf 15 % verdreifacht. Ohne nennenswerte Erfolge bei der Diversifizierung wird sich die Prozyklizität der Fiskalpolitik aber nur schwer reduzieren lassen.

Ausgewählte Kennzahlen Saudi-Arabien

	2020*
Einwohner (Mio.)	35
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	1.616
BIP, real (% gg. Vj.)	-5,2
Inflationsrate (% gg. Vj.)	1,2
Budgetsaldo (% des BIP)	-10,5
Leistungsbilanz (% des BIP)	-5,6
Staatsverschuldung (% des BIP)	44,3
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	269
Exporte von D (Mrd. EUR)	5,92
Importe nach D (Mrd. EUR)	1,17
Wichtige Exportgüter	Erdöl, raffinierte Erzeugnisse
Wichtige Importgüter	Maschinen, Nahrungsmittel, Chemikalien

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Israel: Lange Boom-Phase findet jähes Ende

Das Aufatmen in der rechtskonservativen Likud-Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu war groß, als nach den dritten Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres im März 2020 eine Koalition mit der Liste „Blau Weiß“ geschmiedet werden konnte. Lange hatte die ehemals oppositionelle Kraft unter Führung von Benny Gantz eine Zusammenarbeit mit Netanjahu abgelehnt. Dass es dann doch dazu kam, bezahlte Gantz mit der Spaltung seiner Partei. 16 der 33 Abgeordneten verließen das Bündnis und gründeten eine eigene Fraktion. Ohne funktionsfähige Regierung wären notwendige Anpassungen im Haushalt, insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, sehr viel schwieriger umzusetzen. Die Koalitionsvereinbarung sieht vor, dass Netanjahu die ersten 18 Monate als Ministerpräsident amtiert und anschließend Gantz übernimmt. Dass es tatsächlich so kommt, wird von vielen Israelis bezweifelt. Denn Risiken lauern überall: Netanjahus Anklage wegen Korruption sowie Uneinigkeit innerhalb der Koalition über das Vorgehen in der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik angesichts der zweiten Corona-Welle. Um eine vierte Wahl innerhalb von eineinhalb Jahren und somit eine Regierungskrise mitten in Pandemie und Rezession zu vermeiden, ist zu erwarten, dass die Regierung sich zu Kompromissen durchringt und die Koalition vorerst Bestand haben wird.

Zweiteilung der Wirtschaft
zwischen High-Tech-
Sektor und dem Rest

Die Folgen der Corona-Pandemie ziehen sich durch alle Wirtschaftsbereiche. Exporte und Importe gehen im laufenden Jahr jeweils um fast 20 % zurück und auch der Privatkonsum ist mit -10 % erstmals seit 36 Jahren rückläufig. Für die israelische Wirtschaft endet somit eine Boom-Phase, lag das durchschnittliche jährliche Wachstum zwischen 2010 und 2019 doch bei fast 4 %. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich 2020 auf fast 10 % mehr als verdoppeln. Das schon lange bestehende Problem einer Zweiteilung der Wirtschaft zwischen einem dynamischen High-Tech-Sektor und den übrigen Sektoren tritt jetzt noch deutlicher zutage. Jenseits der Technologie-Branche leidet Israel unter niedriger Arbeitsproduktivität. Um das Problem zu beseitigen, sind tiefgreifende Strukturreformen u.a. im Arbeitsmarkt und Bildungssystem notwendig. Ein weiteres Hindernis sind die Investitionen, die seit Anfang der 1990er Jahre fallen. Der IWF schätzt Israels Kapitalbestand auf 170 % des BIP, einer der niedrigsten Werte unter den Industriestaaten.

Regierung uneins über
fiskalische Reaktion auf
Pandemie

Die Frage einer fiskalpolitischen Reaktion auf die Corona-Krise spaltet die Regierung. Ende August wurde im letzten Moment die Frist für die Verabschiedung des Haushalts 2020 um 120 Tage verschoben. Sonst wäre die Regierung womöglich gescheitert und es hätten erneut vorgezogene Wahlen im November abgehalten werden müssen, was keine der Koalitionsparteien derzeit will. Ohne bewilligten Staatshaushalt wird die Regierung weiter mit „Notfallmaßnahmen“ operieren müssen, möglicherweise unter Umgehung der gültigen Haushaltsregeln und -verfahren.

Ausgewählte Kennzahlen Israel

	2020*
Einwohner (Mio.)	9,2
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	363
BIP, real (% gg. Vj.)	-5,4
Inflationsrate (% gg. Vj.)	-1,1
Budgetsaldo (% des BIP)	-11,6
Leistungsbilanz (% des BIP)	3,9
Staatsverschuldung (% des BIP)	74,5
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	111
Exporte von D (Mrd. EUR)	4,66
Importe nach D (Mrd. EUR)	2,19
Wichtige Exportgüter	Maschinen, Software, geschliffene Diamanten
Wichtige Importgüter	Rohstoffe, milit. Ausrüstung, Investitionsgüter

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Fast 20 Jahre keine
Zuwächse beim Pro-Kopf-
Einkommen

Iran: Hoffnung auf Wechsel im Weißen Haus

Ölpreisschocks und Eskalationen außenpolitischer Krisen, verbunden mit einem Anziehen der Sanktionsschraube, haben dem Iran seit Beginn des Jahrtausends schwer zugesetzt. Die Regierung reagierte auf die externen Schocks stets mit einem Zusammenstreichen der Investitionen. Alleine die Infrastrukturinvestitionen wurden von 2012 bis 2017 halbiert. Seit Anfang der 2000er Jahre gab es keine Zuwächse beim realen Pro-Kopf-Einkommen.

Die ohnehin schon geschwächte iranische Wirtschaft wird 2020 mit -12 % nach dem Libanon die zweitschärfste Rezession der Region Nahost erleiden. Von der Corona-Pandemie wurde das Land bereits sehr früh und mit großer Härte getroffen. Die Infektionszahlen sind auch jetzt noch die mit Abstand höchsten der Region und es wird eine hohe Dunkelziffer vermutet. Irans Außenhandel ist am stärksten eingebrochen. Exporte und Importe werden dieses Jahr voraussichtlich um 20 % bzw. 30 % fallen. Am meisten machen sich die geringeren Exporte nach China bemerkbar. Das Reich der Mitte nimmt mittlerweile über 40 % der iranischen Exporte ab. Als Land mit großem touristischen Potenzial ist die Pandemie für den Sektor ein Alptraum. Anfang August lagen die Belegungsquoten in den Hotels der Hauptstadt Teheran bei gerade mal 5 % bis 15 %.

Die wirtschaftliche Misere hat den reformistischen Präsidenten Hassan Rohani stark unter Druck gesetzt. Einerseits sieht er sich Angriffen des konservativen politischen Gegners ausgesetzt. Andererseits kommt es häufig zu Protesten in der Bevölkerung. Erste Vorboten der weitverbreiteten Unzufriedenheit zeigten sich bereits bei den Parlamentswahlen im Februar, bei denen die religiöse Führung zahlreiche reformistische Kandidaten von der Teilnahme ausgeschlossen hatte und die Wahlbeteiligung anschließend mit nur 43 % auf einem historischen Tiefstand lag.

Deutsch-iranische
Beziehungen leiden
unter Sanktionen

Seitdem US-Präsident Donald Trump 2018 aus dem Atomabkommen mit dem Iran ausgestiegen ist und die Sanktionen wiedereingesetzt hatte, wurden diese stetig verschärft. Obwohl Deutschland und andere EU-Staaten an dem Abkommen festhalten, fürchten auch viele europäische Unternehmen mit US-Geschäft amerikanische Strafen im Falle eines Sanktionsverstößes. Der Iran war traditionell einer der wichtigsten deutschen Handelspartner in der Region. Gute bilaterale Beziehungen bestanden schon zur Zeit der Herrschaft des Schahs von Persien. Die Wirkung der Sanktionen ging jedoch auch am deutsch-iranischen Handel nicht spurlos vorbei. Nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen sind die deutschen Importe aus dem Iran zwischen 2018 und 2019 von 440 Mio. Euro auf 206 Mio. Euro gefallen. Die Exporte in den Iran gingen im gleichen Zeitraum von 2,7 Mrd. Euro auf 1,5 Mrd. Euro zurück. Im Moment sieht es so aus, als könnte nur ein Wechsel im Weißen Haus die außenpolitischen Beziehungen des Iran wieder entspannen.

Ausgewählte Kennzahlen Iran

	2020*
Einwohner (Mio.)	84
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	957
BIP, real (% gg. Vj.)	-12
Inflationsrate (% gg. Vj.)	25
Budgetsaldo (% des BIP)	-8,4
Leistungsbilanz (% des BIP)	-1,8
Staatsverschuldung (% des BIP)	25,2
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	5
Exporte von D (Mrd. EUR)	1,52
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,21
Wichtige Exportgüter	Erdöl, Chemikalien, Früchte, Nüsse, Teppiche
Wichtige Importgüter	Industrie- u. Investitionsgüter, Nahrungsmittel

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Katar: Robustes Wachstum erst im WM-Jahr

Fußball-WM als
Imagepflege

In Katar ist die Vorfreude auf die Fußball-WM 2022 groß, nutzt die katarische Führung doch mit Vorliebe sportliche Großereignisse zur Image-Pflege. Die internationale Berichterstattung über unmenschliche Arbeitsverhältnisse der zahlreichen Arbeitsmigranten auf den WM-Baustellen ist dem Land dabei ein Dorn im Auge. Zwei Millionen Arbeiter aus dem Ausland leben in Katar, fast 70 % der Gesamtbevölkerung. Um deren Arbeitsbedingungen zu verbessern oder vielmehr als Reaktion auf die internationale Kritik, wurden Arbeitsmarktreformen umgesetzt: härtere Strafen für überfällige Lohnzahlungen, Arbeitsplatzwechsel ohne Zustimmung des bisherigen Arbeitgebers, monatlicher Mindestlohn von 1.000 Riyal (entspricht ungefähr einem Euro pro Stunde).

Der Corona-Pandemie begegnet das Emirat mit striktem Lockdown sowie umfassendem Testen und Nachverfolgen. Trotzdem sind die Pro-Kopf-Infektionszahlen im internationalen Vergleich hoch, auch wegen der ununterbrochenen Arbeiten auf den WM-Baustellen und den bereits erwähnten prekären Arbeitsverhältnissen von Migranten, die eine Virusausbreitung begünstigen. Neben Corona sorgt der Ölpreiseinbruch 2020 für eine Rezession von -3 %. Bereits seit 2017 liegt das jährliche Wirtschaftswachstum deutlich unter 2 %, 2019 gab es sogar nur eine Stagnation. Hauptursache hierfür ist der Boykott Katars durch die Nachbarstaaten Saudi-Arabien, Bahrain, VAE und Ägypten. Für 2021 erwarten wir mit ca. 1,5 % weiterhin ein enttäuschendes Wachstum, bevor die wirtschaftliche Aktivität 2022 im Zuge der Fußball-WM robuster ausfallen dürfte.

Der seit 2017 bestehende Boykott dürfte vorerst bestehen bleiben. Zwar hat Katars Außenminister Mohammed bin Jassim Al Thani im Juni eine neue Initiative zur Beilegung des Konfliktes unter Vermittlung der USA angekündigt. Dies ist jedoch nicht die erste Ankündigung dieser Art und Fortschritte in dem Streit sind kurzfristig nicht zu erwarten. Die vier Länder beschuldigen Katar der Unterstützung der Muslimbrüder, die sie als eine Bedrohung ihrer Herrschaft ansehen, und einer zu großen Nähe zum Iran. Anstatt auf die Forderungen einzugehen, hat Katar bisher mit einer Stärkung der Beziehungen zum Iran und zur Türkei reagiert.

Erfolgreiche Reduzierung
der Importabhängigkeit
von Nahrungsmitteln

Erdöl und noch mehr Erdgas dominieren die katarische Wirtschaft (und stehen zusammen für ca. drei Viertel der Exporteinnahmen). Von allen Nahoststaaten hat das Land den niedrigsten Break-Even-Ölpreis mit ca. 45 US-Dollar pro Barrel. Wie die meisten Länder der Region plant auch Katar eine Diversifizierung seiner Wirtschaft und hat dafür den Entwicklungsplan „National Vision 2030“ entworfen. Um die Ziele zu erreichen, investieren die staatlichen Unternehmen massiv im Ausland. Gleichzeitig soll die Binnenwirtschaft unabhängiger von Importen werden, was bei der Nahrungsmittelproduktion schon sehr gut gelungen ist.

Ausgewählte Kennzahlen Katar

	2020*
Einwohner (Mio.)	2,9
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	269
BIP, real (% gg. Vj.)	-3
Inflationsrate (% gg. Vj.)	-1,2
Budgetsaldo (% des BIP)	-7,9
Leistungsbilanz (% des BIP)	-6,2
Staatsverschuldung (% des BIP)	86
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	201
Exporte von D (Mrd. EUR)	1,44
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,29
Wichtige Exportgüter	Erdgas, Erdölprodukte, Dünger, Stahl
Wichtige Importgüter	Maschinen, Nahrungsmittel, Chemikalien

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Kuwait: Exodus ausländischer Arbeitskräfte

Erfolge bei Kuwaitisierung
nur im staatlichen Sektor
zu erwarten

Die Corona-Pandemie hat die Politiker Kuwaits einen nationalistischeren Ton anschlagen lassen und der „Kuwaitisierung“ einen neuen Schub verschafft. Anfang Juni gab Premierminister Scheich Sabah al-Khaled das Ziel aus, den Anteil ausländischer Arbeiter an der Bevölkerung um mehr als die Hälfte auf 30 % zu reduzieren. Im Moment machen diese mehr als 70 % der 4,2 Mio. Einwohner des Emirats aus. Von Mitte März bis Anfang Juli haben bereits 158.000 Ausländer das Land verlassen, hauptsächlich wegen der Kündigung durch ihren Arbeitgeber als Reaktion auf die Krise. Weitere Entlassungen und eine Verschärfung des Aufenthaltsrechts zur Forcierung der Kuwaitisierung könnten im Extremfall dazu führen, dass dieses Jahr insgesamt 1,5 Mio. ausländische Arbeitskräfte Kuwait verlassen müssen. Die Ersetzung von ausländischen Arbeitskräften ist auch durch die in den letzten Jahren zunehmende Nachfrage junger Kuwaiter nach Arbeitsplätzen getrieben. Allerdings favorisieren diese die gut bezahlten und wenig anstrengenden Arbeitsplätze im Staatsdienst. Daher ist damit zu rechnen, dass die Kuwaitisierung vor allem dort voranschreiten wird.

Mit -5 % wird die kuwaitische Wirtschaft die schärfste Rezession seit der globalen Finanzkrise 2009 erleben. Im regionalen Vergleich ist es aber nach Katar nur der zweittiefste Rückgang. Vor allem der niedrige Ölpreis ist eine große Belastung, macht der Ölsektor doch über 35 % des BIP aus. Die Vereinbarungen mit der OPEC vom April sehen eine Begrenzung der kuwaitischen Ölfördermenge auf 2,17 Mio. Barrel pro Tag vor. Im vergangenen Jahr wurden noch 2,68 Mio. Barrel pro Tag gefördert. Zwar ist in der zweiten Jahreshälfte eine leichte Steigerung der Ölförderung erlaubt, dennoch dürften im Durchschnitt dieses Jahr nur 2,44 Mio. Barrel pro Tag erreicht werden. Der Staatshaushalt 2020 sieht vor, dass 87 % der Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl generiert werden sollen, bei einem angenommenen Preis von 55 US-Dollar pro Barrel. Auch wenn dieser Preis 2020 wohl nicht erreicht wird, kann Kuwait den Ausfall komfortabel über seine Währungsreserven finanzieren. Diese lagen Ende Januar bei 40,3 Mrd. US-Dollar. Darüber hinaus verfügt der Staatsfonds „Kuwait Investment Authority“ über Mittel von über 590 Mrd. US-Dollar. Zum Vergleich: Das erwartete Haushaltsdefizit dürfte etwa 8,8 Mrd. US-Dollar betragen, das Leistungsbilanzdefizit 6,5 Mrd. und die kurzfristige Außenverschuldung 25 Mrd.

Emir-Nachfolgeregelung
mit Konfliktpotential

Aufmerksamkeit erfordert die Debatte um die Nachfolge des erkrankten Herrschers Scheich Sabah al-Ahmad al-Jaber. Im Falle seines Ablebens würde sein 83-jähriger Halbbruder Scheich Nawaf al-Ahmad al-Jaber der Nachfolger. Nach dessen Tod könnte es zu einem Machtkampf zwischen dem al-Jaber und al-Salem Zweig der Herrscherfamilie kommen – vor allem, weil die Nachfolgeregelung auf Traditionen basiert und nicht gesetzlich festgeschrieben ist.

Ausgewählte Kennzahlen Kuwait

	2020*
Einwohner (Mio.)	4,2
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	292
BIP, real (% gg. Vj.)	-5
Inflationsrate (% gg. Vj.)	2
Budgetsaldo (% des BIP)	-23,8
Leistungsbilanz (% des BIP)	-5,4
Staatsverschuldung (% des BIP)	23,1
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	59
Exporte von D (Mrd. EUR)	1,44
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,07
Wichtige Exportgüter	Erdöl, raffinierte Erzeugnisse, Dünger
Wichtige Importgüter	Nahrungsmittel, Baumaterialien, Fahrzeuge

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Irak: Kann neue Regierung ihr Volk überzeugen?

Regierungswechsel
beendet Massenproteste

Im Oktober 2019 erfasste eine beispiellose Protestwelle den Irak. Über soziale Medien wurden zahlreiche Märsche, Streiks und Demonstrationen organisiert, um gegen Korruption, Arbeitslosigkeit und ein ineffizientes Staatswesen zu protestieren. Außerdem wurde immer wieder der große Einfluss des Iran auf die Regierung angeprangert. Premierminister Adel Abdul Mahdi trat schließlich im November zurück, blieb aber vorerst geschäftsführend im Amt. Obwohl damit eine zentrale Forderung der Demonstranten erfüllt war, hielten die Proteste bis Februar an. Im Mai wurde der neue Premierminister Mustafa al-Kadhimi ins Amt berufen und seine Regierung vom Parlament bestätigt. Al-Kadhimi machte sogleich mit einer Razzia bei der mächtigen Schiitenmiliz „Kataib Hisbollah“ auf sich aufmerksam, die beschuldigt wird, Anschläge gegen militärische Einrichtungen verübt zu haben. Dabei sollte die Kataib Hisbollah wegen ihres erfolgreichen Kampfs gegen den IS eigentlich in die irakischen Sicherheitsstrukturen integriert werden. Solange dies nicht geschehen ist, will al-Kadhimi eine Bewaffnung der Miliz nicht dulden. Im Volk kommen seine Maßnahmen bisher gut an. Im Juli gingen erstmals seit langem Iraker auf die Straße, um nicht gegen, sondern für ihre Regierung zu demonstrieren. Zwar hat al-Kadhimi versprochen, vorgezogene Parlamentswahlen zu organisieren, angesichts der Corona-Pandemie werden diese aber wahrscheinlich erst im kommenden Jahr stattfinden.

Korruption und schwieriges
Geschäftsklima
beeinträchtigen Wirtschaft

Die irakische Wirtschaft leidet unter zahlreichen strukturellen Schwächen, insbesondere Korruption (*Corruption Perception Index* Rang 168 von insgesamt 180 Ländern) und einem extrem schwierigen Geschäftsklima (*Doing Business Index* Rang 172/190). Dazu kommt die geringe wirtschaftliche Diversifizierung. Der Irak ist von allen Ländern des Nahen Ostens mit einem Anteil von über 35 % am BIP am meisten vom Ölsektor abhängig. Die Ölfördermenge dürfte nach der mit den anderen OPEC-Staaten vereinbarten Kürzung von durchschnittlich 4,58 Mio. Barrel pro Tag im vergangenen Jahr auf 4,04 Mio. Barrel pro Tag im laufenden Jahr zurückgehen. Zusammen mit dem niedrigen Ölpreis ergibt das für die Wirtschaft eine Rezession in der Größenordnung von -7,5 %. Da auch im kommenden Jahr nur mit einem relativ geringen Anstieg der Ölfördermenge gerechnet wird, dürfte die wirtschaftliche Erholung 2021 mit einem Wirtschaftswachstum von 0,7 % enttäuschen.

Die deutschen Beziehungen zum Irak sind gut und Deutschland beteiligt sich seit dem Regimewechsel 2003 stark am Wiederaufbau. Das Auswärtige Amt gibt an, dass sich seit 2014 die Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung auf über 1,7 Mrd. Euro summieren, davon etwa 500 Mio. Euro humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Zwar zählt der Irak noch nicht zu den bedeutendsten Exportländern, beim Importanteil liegt er aber auf Platz 4 in der Region.

Ausgewählte Kennzahlen Irak

	2020*
Einwohner (Mio.)	40,2
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	412
BIP, real (% gg. Vj.)	-7,5
Inflationsrate (% gg. Vj.)	0,9
Budgetsaldo (% des BIP)	-22,9
Leistungsbilanz (% des BIP)	-13,7
Staatsverschuldung (% des BIP)	n.a.
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	79
Exporte von D (Mrd. EUR)	0,98
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,66
Wichtige Exportgüter	Erdöl
Wichtige Importgüter	Nahrungsmittel, Medizin, verarbeitete Erzeugn.

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Saudi-Arabien zu
Finanzhilfen bereit – unter
Bedingungen

Oman: Neuer Sultan braucht dringend Geld

Zwei Zahlen verdeutlichen das Dilemma des Sultanats im Südosten der Arabischen Halbinsel: Lag die Staatsverschuldung 2014 noch bei verschwindend geringen 5 % des BIP, so wird sie Ende 2020 voraussichtlich auf über 80 % steigen. Zwar treffen die Corona-Pandemie und der Ölpreisanstieg Oman genauso hart wie die anderen Mitglieder des Golfkooperationsrates, die prekäre Lage der Staatsfinanzen macht die Ausgangssituation für Oman aber ungleich schwieriger. Aus dem Ruder geriet der Staatshaushalt mit dem Ölpreisanstieg Ende 2014. Seit 2015 lag das Haushaltsdefizit fast immer im zweistelligen Bereich, nur 2018 und 2019 belief es sich auf knapp unter 10 % des BIP. Der Doppelschlag aus Corona-Pandemie und niedrigem Ölpreis sorgt 2020 für das dritthöchste Defizit der Region mit ca. 20 %. Parallel dazu dürften die Staatseinnahmen auf 27 % des BIP abrutschen. Um mittelfristig die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen wiederherzustellen, hat Oman erste Maßnahmen ergriffen. Eine Mehrwertsteuer von 5 % soll eingeführt werden, was der Golfkooperationsrat eigentlich schon 2015 beschlossen hatte, von den meisten Mitgliedstaaten aber hinausgezögert wurde. Die Steuer wird jährlich etwa 400 Mio. Rial (entspricht etwas mehr als 1 Mrd. US-Dollar) in die Staatskassen spülen. Im August spitzte sich die Lage weiter zu und Oman erhielt von nationalen und internationalen Banken einen Überbrückungskredit in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar. Im März hatte das Land eine Anleihe-Emission wegen hoher Risikoaufschläge und geringer Investorennachfrage zurückgezogen. Allerdings dürfte der Überbrückungskredit nur etwa 15 % des erwarteten Einnahmeausfalls kompensieren. Seit Ende Mai diskutiert das Sultanat deshalb mit seinen wohlhabenderen Nachbarn über finanzielle Hilfen. Bisher kam es noch zu keinem Abschluss, da vor allem Saudi-Arabien Konzessionen in der Außenpolitik fordert. Sollte sich die finanzielle Situation weiter verschärfen, wird man wohl oder übel im Oman auf diese Forderungen eingehen müssen.

Erdöl und -gas sind die dominanten Wirtschaftsfaktoren. Der Sektor generiert 70 % der Hauhaltseinnahmen und ist für fast zwei Drittel der Exporterlöse verantwortlich. Wie fast alle Golfstaaten hat auch Oman seine Diversifizierungsstrategie „Vision 2040“. Dabei soll der Privatsektor eine größere Rolle spielen, indem Arbeitsplätze im staatlichen Sektor graduell unattraktiver gemacht werden durch geringere Gehaltsanstiege und weniger Neueinstellungen. Gefördert werden stattdessen Projekte in Wachstumssektoren außerhalb von Öl und Gas wie Fischerei, Tourismus und Logistik.

Politisch war das Sultanat, in dem Parteien verboten sind, bisher stabil. Der Machtwechsel nach dem Tod des langjährigen Sultans zu Jahresbeginn gestaltete sich spannungsfrei. Es wird sich zeigen, ob diese Stabilität in deutlich schwierigeren wirtschaftlichen Zeiten Bestand haben wird, da der neue Sultan Haitham ibn Tariq erst noch seine Popularität im Volk festigen muss.

Ausgewählte Kennzahlen Oman

	2020*
Einwohner (Mio.)	4,5
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	134
BIP, real (% gg. Vj.)	-7
Inflationsrate (% gg. Vj.)	-0,8
Budgetsaldo (% des BIP)	-20
Leistungsbilanz (% des BIP)	-19
Staatsverschuldung (% des BIP)	83,3
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	79
Exporte von D (Mrd. EUR)	0,88
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,04
Wichtige Exportgüter	Erdöl, Re-Exporte, Fisch, Metalle, Textilien
Wichtige Importgüter	Maschinen & Transportausrüstung

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research

Neuer Sultan muss sich
Unterstützerbasis erst
noch aufbauen



Jordanien: Wie lange hält die Bevölkerung still?

Corona verschärft
schwierige soziale Lage

Bereits vor der Corona-Pandemie war die soziale Lage in Jordanien schwierig. Die Arbeitslosigkeit lag Ende 2019 bei 19 % und wird sich 2020 voraussichtlich auf 25 % erhöhen. Unter den Jüngeren liegt sie über 40 %. Seit 2010 sind die Pro-Kopf-Einkommen im Durchschnitt jedes Jahr gesunken, dieses Jahr wahrscheinlich um mehr als 10 %. Gemessen in Kaufkraftparität befinden sich die Pro-Kopf-Einkommen damit auf dem Niveau von 2006. Viele Familien leiden zusätzlich unter der wirtschaftlichen Krise in den Golfstaaten, aus denen hohe Rücküberweisungen stammen. Wegen Entlassungen in diesen Ländern sind viele Auslandsjordanier mittlerweile in ihre Heimat zurückgekehrt. Für immer mehr Jordanier wird es schwierig, den Grundbedarf an Lebensmitteln, Strom und medizinischer Versorgung zu decken.

Auch außenpolitisch hadern viele Jordanier mit ihrer Regierung. Insbesondere die engen Kontakte zu den USA und Israel werden kritisch gesehen. Zwei Drittel der ca. 11 Mio. Einwohner sind palästinensischer Abstammung mit einer tief verwurzelten Abneigung gegenüber Israel. König Abdullah II. dürfte einige kleinere wirtschaftliche und politische Zugeständnisse machen, um seine Untertanen zu besänftigen. Außerdem kann er sich auf einen loyalen und effizienten Sicherheitsapparat stützen. Im Moment ist die Lage ruhig, bei einem fortschreitenden Absinken des Lebensstandards könnte es aber zu größeren Protesten kommen.

Außer ein paar Phosphat- und Kalisalz-Projekten verfügt Jordanien über keine nennenswerten Rohstoffvorkommen. Gleichzeitig ist das Land von Energie-Importen abhängig. Die Handelsbilanz ist seit jeher stark defizitär. Die jordanische Wirtschaft wird 2020 um ca. 6 % einbrechen. Den mit Abstand größten Rückgang verzeichnen dabei die Exporte (-19 %). Die mit der Pandemie verbundenen Reiseeinschränkungen haben den Tourismus seit Mitte März fast komplett zum Stillstand gebracht. Vor Corona machte der Sektor noch etwa 10 % des BIP aus. Die Tourismuseinnahmen dürften 2020 um 60 % zurückgehen.

Abhängig von IWF und
Geberunterstützung

Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, Haushaltsdefizite und eine hohe Staatsverschuldung haben dazu geführt, dass das Land seit 2012 fast ununterbrochen IWF-Programme laufen hatte. Das jüngste Programm über 1,3 Mrd. US-Dollar mit einer Laufzeit von vier Jahren wurde im Januar 2020 begonnen. Corona-bedingt wird die Haushaltskonsolidierung jetzt dennoch eine Pause machen. Der IWF ging schon vor der Pandemie Anfang März davon aus, dass das Programm nur Erfolg haben könne, wenn die Unterstützung in Form von Finanzhilfen und konzessionären Krediten aufrechterhalten wird. Wie groß die Finanznöte sind, wurde im Mai deutlich, als wegen der Auswirkungen der Pandemie ein Notkredit des IWF von 396 Mio. US-Dollar bewilligt wurde.

Ausgewählte Kennzahlen Jordanien

	2020*
Einwohner (Mio.)	11,2
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	94
BIP, real (% gg. Vj.)	-5,8
Inflationsrate (% gg. Vj.)	0,3
Budgetsaldo (% des BIP)	-13,7
Leistungsbilanz (% des BIP)	-7,3
Staatsverschuldung (% des BIP)	116,7
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	33
Exporte von D (Mrd. EUR)	0,78
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,03
Wichtige Exportgüter	Textilien, Dünger, Kalisalz, Phosphate, Gemüse
Wichtige Importgüter	Rohöl, raffinierte Erzeugnisse, Maschinen

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Libanon: Auf dem Weg zum gescheiterten Staat?

Libanons Botschafter in
Deutschland soll jetzt
retten, was zu retten ist

Im Oktober 2019 kam es zu landesweiten Protesten als Reaktion auf Pläne der Regierung, Steuern auf Benzin, Tabak und Telefonate über Handyanwendungen einzuführen. Die Proteste breiteten sich rasant aus und stellten das gesamte herrschende System des Libanon, das von Korruption, Klientelismus sowie wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit geprägt ist, in Frage. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und betrifft wie in anderen fragilen Staaten der Region vor allem die Jüngeren. Zu allem Überfluss kam es am 4. August in der Hauptstadt Beirut zur Explosion eines Depots mit Ammoniumnitrat, welche das Stadtzentrum verwüstete, 180 Menschen tötete und 300.000 zu Obdachlosen machte. Der Gouverneur von Beirut schätzt, dass sich die Kosten für den Wiederaufbau auf 3 bis 5 Mrd. US-Dollar belaufen dürften. Das Entsetzen der Bevölkerung über den Diletantismus der Regierung, große Mengen einer hochexplosiven Substanz weitgehend ungesichert mitten im Hafen nahe des Stadtzentrums unterzubringen, hat den politischen Druck auf Premierminister Hassan Diab erhöht. Er war erst im Zuge der Proteste Ende Dezember 2019 vom Parlament zum neuen Premierminister gewählt worden. Anfang August trat er schließlich zurück und machte den Weg frei für Mustapha Adib, einen Diplomaten, der vor seiner Berufung zum Premierminister seit 2013 Botschafter in Deutschland gewesen war. Adib will in seiner Regierung vor allem auf Technokraten setzen, um die notwendigen wirtschaftlichen Reformen umzusetzen.

Überschuldung gipfelte im
März in Staatsbankrott

Der Libanon ächzt unter einer hohen Auslandsverschuldung, die Ende 2019 bei etwa 86 Mrd. US-Dollar lag (ca. 160 % des BIP). Jahrelang finanzierte die Regierung ihre hohen Haushaltsdefizite durch Kreditaufnahme bei lokalen Banken. Diese hatten durch hohe Zinsen von bis zu 14 % für einen stetigen Zufluss an Dollar, insbesondere von Auslandslibanesen gesorgt. Der feste Wechselkurs hielt die Illusion der Stabilität und risikolosen Erträge aufrecht. Um die hohen Zinsen zahlen zu können, wurde ein immer größerer Dollar-Zufluss nötig. Als sich der Druck auf die Währung erhöhte, ordnete die Zentralbank an, dass Wechselstuben Gelder nur noch in Lira statt Dollar auszahlen dürfen. Dadurch nahm die Dollar-Nachfrage immer weiter zu, es kam zu einer Währungskrise und die ausländischen Kapitalzuflüsse rissen ab. Damit wurde die Schuldenlast untragbar. 2019 musste der Staat die Hälfte seiner Exporteinnahmen alleine für den Schuldendienst aufwenden. Im März sah sich die Regierung schließlich dazu gezwungen, die Zahlung von Zinsen und Tilgungen auf ihre Dollar-Anleihen einzustellen. Seitdem befindet sich der Libanon im Zahlungsausfall und verhandelt mit seinen Gläubigern über eine Restrukturierung der Anleihen.

Von allen Ländern des Nahen Ostens wird der Libanon 2020 mit fast -21 % die schärfste Rezession erleben. Demgegenüber dürfte die Erholung 2021 mit rund 1 % enttäuschend ausfallen. Ohne externe Unterstützung wird das Land wohl nicht so schnell auf die Beine kommen.

Ausgewählte Kennzahlen Libanon

	2020*
Einwohner (Mio.)	6,8
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	84
BIP, real (% gg. Vj.)	-20,7
Inflationsrate (% gg. Vj.)	198,1
Budgetsaldo (% des BIP)	-10,5
Leistungsbilanz (% des BIP)	-8,6
Staatsverschuldung (% des BIP)	89,2
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	89
Exporte von D (Mrd. EUR)	0,64
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,04
Wichtige Exportgüter	Juwelen, Basismetalle, Chemikalien
Wichtige Importgüter	Benzin, Autos, Medizin, Kleidung, Fleisch, Vieh

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research



Bahrain: Auf Alimente der Nachbarn angewiesen

Gutes Geschäftsklima als
Investorenmagnet

Bahrain zeichnet sich durch ein besonders gutes Geschäftsklima und eine hohe Attraktivität für ausländische Investoren aus. Im *Doing Business Index* der Weltbank belegt es Platz 43 von 190 Ländern, nach den VAE (Rang 16) und Israel (35) die drittbeste Platzierung im Nahen Osten. Mit einem bilateralen Handelsvolumen von 470 Mio. Euro ist Bahrain für Deutschland zwar ein eher unbedeutender Handelspartner in der Region, umgekehrt ist Deutschland für Bahrain aber der dritt wichtigste Wirtschaftspartner in der Europäischen Union. Dominierende Handelspartner sind nach wie vor die Nachbarn Saudi-Arabien, VAE und Oman sowie die USA und China.

Die Wirtschaft Bahains ist weniger abhängig vom Erdöl als die der meisten anderen Staaten der Region. So verfügt das Land auch über einen bedeutenden Nicht-Öl-Sektor mit Finanzdienstleistungen (16,5 % des BIP) und Verarbeitendem Gewerbe (14,5 %). In beiden Bereichen kommt es allerdings ebenfalls zu Schwierigkeiten, da sich der Ölpreisverfall negativ auf die Liquidität der Finanzinstitute auswirkt und der Rückgang des globalen Handels um 20 % die industrielle Aktivität belastet. Darüber hinaus hat die Schließung des King Fahd Causeway, einer wichtigen Brücke zwischen Bahrain und Saudi-Arabien, zwischen Juni und August wegen Renovierungsarbeiten dem Tourismussektor geschadet. 2019 zählte Bahrain 11 Mio. Besucher, davon kamen 9,7 Mio. (88 %) über den King Fahd Causeway. Im Ergebnis führen diese Entwicklungen 2020 zu einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um 5 %. Da der von uns für das kommende Jahr erwartete Anstieg des Ölpreises zu gering ausfällt, um einen nennenswerten Impuls zu geben, wird Bahrain trotz einer Aufhellung im Tourismus 2021 voraussichtlich nur mit 1,4 % wachsen.

Die finanzielle Lage des Königreichs ist angespannt und hat sich durch den Ölpreisverfall weiter verschärft, denn obwohl die Wirtschaft relativ gut diversifiziert ist, gilt dies nicht für die Haushaltseinnahmen. So machen die Rohstoffeinnahmen drei Viertel der Staatseinnahmen aus. Die Staatsverschuldung dürfte dieses Jahr mit 130 % des BIP nach dem Libanon den zweithöchsten Wert der Region erreichen. Die Währungsreserven sind erschreckend niedrig und finanzieren nur die Importe von etwa einem Monat. Bereits 2018 mussten die reichen Golfnachbarn 10 Mrd. US-Dollar an Finanzhilfen bereitstellen und es ist wahrscheinlich, dass weitere Hilfen notwendig werden.

Kluft zwischen schiitischer
Bevölkerung und
sunnitischer Führung

Bahrain ist das einzige Land des Golfkooperationsrates mit einer mehrheitlich schiitischen Bevölkerung. Die Herrscherfamilie gehört aber dem sunnitischen Zweig des Islam an. Die Unzufriedenheit der Schiiten über die wahrgenommene Benachteiligung durch die sunnitische Führung ist nicht neu und könnte durch Corona noch verschärft werden, sollte es der Regierung nicht gelingen, die Folgen von steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen abzufedern.

Ausgewählte Kennzahlen Bahrain

	2020*
Einwohner (Mio.)	1,5
BIP, nominal (Kaufkraftparität, Mrd. USD)	72
BIP, real (% gg. Vj.)	-5
Inflationsrate (% gg. Vj.)	-1,5
Budgetsaldo (% des BIP)	-12,3
Leistungsbilanz (% des BIP)	-12,3
Staatsverschuldung (% des BIP)	129,3
Auslandsverschuldung (Mrd. USD)	69
Exporte von D (Mrd. EUR)	0,38
Importe nach D (Mrd. EUR)	0,09
Wichtige Exportgüter	Mineralölerzeugnisse, Aluminium, Textilien
Wichtige Importgüter	Rohöl, Maschinen, Chemikalien

* Alle Angaben Schätzwerte (2020) außer Außenhandelszahlen (2019)

Quellen: EIU, Statistisches Bundesamt, CIA World Factbook, Helaba Volkswirtschaft/Research ■